

Newsletter

zur
**Einkommens- und Vermögensabhängigkeit von Assistenzleistungen
und zum
geplanten Bundesteilhabegesetz**

Ausgabe 03-2015

1 Das Bundesteilhabegesetz auf Bundesebene

1.1 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland



Mit einer kleinen Anfrage ([Bundesdrucksache 18/4234^{1\)}](#)) erkundigte sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 04.03.2015 nach dem Stand der Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland. Mit Blick auf den Staaten- und den Parallelbericht sowie die weiteren Eingaben ins Staatenprüfungsverfahren und die Diskussion um die Umsetzung der UN-BRK in Deutschland wurden 36 Fragen formuliert, zur Einkommens- und Vermögensanrechnung folgende:

Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz (Artikel 28 der UN-BRK)

Plant die Bundesregierung, mit dem Teilhabegesetz die Anrechnung von Einkommen und Vermögen auf Leistungen, die dem Ausgleich einer Behinderung dienen, bei allen Menschen unabhängig vom Ausmaß ihres Unterstützungsbedarfs gleichermaßen aufzuheben oder zu verringern, und wenn nein, wie wäre eine Ungleichbehandlung zu begründen?

Eine Antwort der Bundesregierung steht noch aus.

¹ <http://tinyurl.com/pyufqxl>

1.2 Bundeskabinett beschließt kommunale Entlastung außerhalb der Eingliederungshilfereform



Am 18.03.2015 verabschiedete das Bundeskabinett die Finanzplanung für 2016 – 2019 und beschloss in diesem Zusammenhang die kommunale Entlastung um 5 Mrd. Euro außerhalb der Reform der Eingliederungshilfe. Damit gibt es keine Zweifel mehr: Im Haushalt sind mittelfristig keine Mittel für Leistungsverbesserungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes vorgesehen. Gegen dieses Vorhaben hat sich NITSA e.V. bereits im September 2014 in einem Brief an Bundesfinanzminister Schäuble und Hamburgs ersten Bürgermeister Scholz ausgesprochen – jedoch erfolglos, wie der Kabinettsbeschluss zeigt. Zahlreiche Vereine und Verbände der Menschen mit Behinderung, aber auch Sozialminister der Länder, Behindertenbeauftragte der Länder und des Bundes und sogar Träger der Sozialhilfe kritisieren den Bruch des Koalitionsvertrags, der die kommunale Entlastung an das Bundesteilhabegesetz koppelte (unvollständige Aufzählung):

- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV)²
- Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG SELBSTHILFE)³
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)⁴
- Deutscher Behindertenrat (DBR)⁵
- Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.⁶
- DER PARITÄTISCHE Gesamtverband⁷
- Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.⁸
- Verena Bentele – Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen⁹
- Rheinland-Pfalz Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler / Landes-Behindertenbeauftragter Matthias Rösch¹⁰
- Baden-Württembergs Sozialministerin Katrin Altpeter / Landes-Behindertenbeauftragter Gerd Weimer¹¹
- Saarlands Sozialstaatssekretär Stephan Kolling¹²
- Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGÜS)¹³

² <http://tinyurl.com/ouf5gj9>

³ <http://tinyurl.com/p33rozz>

⁴ <http://tinyurl.com/o526qe9>

⁵ <http://www.deutscher-behindertenrat.de/ID161633>

⁶ <http://www.gehoerlosen-bund.de>

⁷ <http://tinyurl.com/ov4apow>

⁸ <http://tinyurl.com/nkkh2fl>

⁹ <http://tinyurl.com/o9lmpf2>

¹⁰ <http://tinyurl.com/oxwesz2>

¹¹ <http://tinyurl.com/nz5hudc>

¹² <http://tinyurl.com/ntc688x>

¹³ <http://tinyurl.com/nw5dsmr>

- Landschaftsverband Rheinland (LVR)¹⁴

NITSA-Stellungnahme: Lesen Sie hierzu unseren weiteren [offenen Brief](#)¹⁵ an Bundesfinanzminister Dr. Schäuble vom 25.03.2015.

1.3 Erklärung der Landes- und Bundesbehindertenbeauftragten zur Finanzierung des Bundesteilhabegesetzes



Am 30.03.2015 forderte die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen in einer gemeinsamen [Erklärung](#)¹⁶ mit den Landesbehindertenbeauftragten, die Reform der Eingliederungshilfe zu einem Bundesteilhabegesetz auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entlastung außerhalb der Reform der Eingliederungshilfe (siehe Punkt 1.2) fordern die Beauftragten unter anderem:

Die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe muss stattfinden. Teilhabeleistungen müssen einkommens- und vermögensunabhängig erbracht werden. Sonst werden Menschen mit Behinderungen mit Assistenz- und Unterstützungsbedarf weiterhin auf Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen sein. Ohne finanzielle Zusagen bleibt es für sie bei dem Grundsatz: Behinderung macht arm.

2 Staatenprüfung Deutschlands in Sachen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention



Lange musste die Zivilgesellschaft auf die erste Staatenprüfung Deutschlands in Sachen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention warten. Am 26. und 27.03.2015 war es endlich so weit und – wen hätte es auch überrascht – die Bundesregierung erhielt kein gutes Zeugnis. Selbst die Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Gabriele Lösekrug-Möller, musste einräumen: "Sie haben uns ganz schön ins Schwitzen gebracht." Einen ausführlichen Bericht zur Staatenprüfung aus Sicht der Zivilgesellschaft hat die BRK-Allianz, die auch von NITSA e.V. unterstützt wird, auf ihrer Homepage veröffentlicht:

<http://www.brk-allianz.de/index.php/m-nachrichten.html>

¹⁴ <http://tinyurl.com/qhnut8>

¹⁵ <http://tinyurl.com/pa64kyk>

¹⁶ <http://tinyurl.com/nesads2>

NITSA-Stellungnahme: Noch stehen die abschließenden Empfehlungen des UN-Fachausschusses zur UN-Behindertenrechtskonvention aus. Doch der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sollte spätestens seit dem 27.03.2015 bewusst geworden sein, dass es kein „Durchmogeln“ mehr geben kann, wie dies noch zu Zeiten Ursula von der Leyens (CDU) Regenschaft üblich war. Diese fand 2011 ihre Krönung in einem unsäglich oberflächlichen ersten Staatenbericht Deutschlands. Das Bundesteilhabegesetz wird die erste große Bewährungsprobe für Ursula von der Leyens Nachfolgerin Andrea Nahles (SPD) sein. Sie wird sich daran messen lassen müssen, ob es ihr trotz aller Widerstände gelingt, das uneingeschränkte Wunsch- und Wahlrecht, die Bedarfsdeckung und die Einkommens- und Vermögensunabhängigkeit der Teilhabeleistungen im Gesetz zu verankern.

3 NITSA-Fachtagung zu Assistenz und Bundesteilhabegesetz

NITSA e.V. “Das Bundesteilhabegesetz – Ein Meilenstein für Menschen mit Assistenzbedarf?”, so lautet der Titel einer zweitägigen Fachtagung, die das Netzwerks für Inklusion, Teilhabe, Selbstbestimmung und Assistenz (NITSA e.V.) in Berlin am 21. und 22. Mai 2015 veranstaltet. Im Rahmen der Fachtagung werden sowohl Menschen mit Assistenzbedarf, als auch politisch Verantwortliche und Leistungsträger zu Wort kommen. Ziel ist eine kontroverse Debatte, die einen ungeschönten, aber realistischen Einblick in das laufende Gesetzgebungsverfahren erlaubt. Die Organisatoren freuen sich

- Constantin Grosch (Initiator der Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung)
- Marc Nellen (Leiter der Projektgruppe “Bundesteilhabegesetz” im Bundesministerium für Arbeit und Soziales)
- Matthias Münning (Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe)
- Heike Werner (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Freistaates Thüringen, Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2015)

und viele weitere Referenten und Podiumsteilnehmer begrüßen zu dürfen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.nitsa-ev.de/fachtagung.

4 Presse / Medien

4.1 Volksstimme – Inklusion ist eine Frage des Willens

Am 23.02.2015 äußerte sich Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele im Interview mit der Volksstimme erneut zur Einkommens- und Vermögensanrechnung:

„Was auf jeden Fall passieren muss, ist, dass Menschen, die einen hohen Assistenzbedarf haben, von Einkommens- und Vermögensgrenzen befreit werden. Wer Eingliederungshilfe erhält, darf nur 2600 Euro ansparen. Alle Einkünfte darüber werden angerechnet.“

Menschen mit Behinderung wollen und können sich auch an einer solidarischen Gesellschaft beteiligen. Aber man kann nur dann selbstbestimmt leben, wenn man selbst über seine Einkünfte verfügen kann. Auch für Menschen mit Behinderung muss es möglich sein, etwas anzusparen: Für ein neues Auto oder die Ausbildung der Kinder. Bei 2600 Euro hat man keinen Spielraum. Menschen mit Behinderung dürfen durch solche Regeln nicht zum Sozialfall gemacht werden.“

Zum vollständigen Interview: <http://tinyurl.com/p874spl>

4.2 Süddeutsche Zeitung – Müssen Gesetze für Menschen mit Behinderungen reformiert werden?

„Viele Menschen mit Behinderung werden in Deutschland behandelt wie Achtjährige: Sie dürfen nicht alleine ins Schwimmbad gehen und auch kein Geld ansparen, da bis zu einem gewissen Höchstsatz alles direkt in ihre Pflege fließt. Sind diese Regelungen noch zeitgemäß?“ Dieser Frage geht die Süddeutsche Zeitung in einem Diskussionsforum nach:

<http://tinyurl.com/qge86gx>

4.3 ORF – Selbstbestimmtes Leben

Unser Vorstandsmitglied Dr. Corina Zolle wurde durch die Vereinten Nationen mit dem „Zero Project Award“ für Ihr Engagement in Wien am 25.02.2015 ausgezeichnet. Anlässlich der „Zero Project Conference“ sendete das Österreichische Fernsehen einen Beitrag zum Thema „Selbstbestimmtes Leben“ mit Dr. Corina Zolle:

<https://youtu.be/zP1XCHRXOgo>

4.4 SWR Nachtcafé – Leben mit Behinderung - immer noch Barrieren?

Im SWR Nachtcafé diskutierten am 06.03.2015 u.a. Raul Krauthausen (Autor und Aktivist mit Glasknochen), wie selbstverständlich heute wirklich das Miteinander mit Menschen mit Behinderung ist. Eine Diskussion, die sich über weite Strecken mit der schulischen Inklusion befasste, nicht zuletzt wg. Bernd Sauer, dem Vorsitzenden des Philologenverbands Baden-Württemberg und Skeptiker der Inklusion an Gymnasien. Aber auch das Problem der Einkommens- und Vermögensanrechnung wurde thematisiert. Als Nachtcafé-Gäste sprachen das Ehepaar Claaßen-Fischer ausführlich über die Benachteiligungen durch die Einkommens- und Vermögensanrechnung, die sie erfahren müssen, nur weil Antje Claaßen-Fischer eine Muskelschwäche hat und auf Assistenz angewiesen ist.

<http://tinyurl.com/p3xroep>

4.5 ARD Tagesschau – Inklusion: Defizite bei der Umsetzung der UN-Konvention in Deutschland

Am 07.03.2015 sendete die Tagesschau im Vorfeld der Staatenprüfung Deutschlands einen Beitrag zu den Defiziten bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Den Einstieg zum mehr als zweiminütigen Beitrag zur besten Sendezeit machte Constantin Grosch – Initiator der Petition zur Abschaffung der Einkommens- und Vermögensanrechnung mit mehr als 125.000 Unterzeichnern.

<http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-67763.html>

4.6 BR – Jetzt mal ehrlich - Arbeiten ja, verdienen nein: Behinderte in der Armutsfalle

"Jetzt mal ehrlich"-Moderatorin Vivian Perkovic beschäftigte sich in ihrer Sendung vom 09.03.2015 mit der Situation von Menschen mit Behinderung. Laut Gesetz müssen Menschen mit Behinderung selbst, aber auch ihre Eltern und Ehepartner, mit ihrem Privatvermögen oder ihrem Verdienst zumindest teilweise für Kosten aufkommen, die durch die Behinderung anfallen. Menschen mit Behinderung selbst dürfen als Empfänger von Sozialhilfe ein maximales Sparguthaben von 2.600 Euro anhäufen - Bausparverträge oder private Altersvorsorge sind nicht möglich. Vivian Perkovic traf Experten zu diesem Thema und sprach u.a. mit Andreas Schwersenz (Diplom-Informatiker mit einer Spinalen Muskelatrophie).

<http://tinyurl.com/q4tre3f>

4.7 ZEIT Online – 40 Jahre Warten auf ein Gesetz

Noch Anfang März hatte Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) umfassende gesetzliche Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen in Aussicht gestellt. Sie wolle noch in diesem Jahr Eckpunkte für ein Bundesteilhabegesetz vorlegen, sagte Nahles bei der Eröffnung der Werkstätten-Messe in Nürnberg. Mit dem Teilhabegesetz könnte zum Beispiel ein Teilhabegeld geschaffen werden, mit dem behinderte Menschen und ihre Angehörigen finanziell entlastet werden. Außerdem soll das Gesetz die Assistenz behinderter Menschen endlich von der Sozialhilfe lösen. Am Rande der Sitzung des Bundeskabinetts über die Eckpunkte des Haushalts für 2016 und der finanzpolitischen Planungen bis 2019 forderten sie eine verlässliche Finanzierung der längst überfälligen Reform der Eingliederungshilfe. Hierüber und über das inzwischen mehr als 40-jährige Warten der Betroffenen auf das Gesetz berichtet ZEIT Online.

<http://blog.zeit.de/stufenlos/2015/03/19/40-jahre-warten-auf-ein-gesetz/>

Bisher erschienene Newsletter:

Februar 2015: <http://tinyurl.com/o5sder7>

Januar 2015: <http://tinyurl.com/orkjgsg>

Dezember 2014: <http://tinyurl.com/njj7mwc>

Oktober/November 2014: <http://tinyurl.com/nkkoho6>

August/September 2014: <http://tinyurl.com/krgda22>

Juni/Juli 2014: <http://tinyurl.com/qhv2cao>

März 2013 – Mai 2014: <http://nitsa-ev.de/newsletter/>